



Protokoll der 36. Sitzung des Einwohnerrates

vom 16. April 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Bernhard Fröhlich, Doris Lagnaz, Pascal Porchet, Hanspeter Stoll, Matthias Zimmermann

Traktanden	Laufnummer
1. Dringliche Interpellation von Ernst Gebhard (Fraumättler) betreffend Baustelle H2 in der Weiermatt <i>Erledigt.</i>	2008/200
2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ / 1. Lesung <i>://: Quartierplanung genehmigt.</i> <i>://: 2 Zusatzanträge der BPK genehmigt.</i>	2007/184 2007/184a
3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Allee - Freihofgasse, Platzneugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: Bauprojekt und Kredit genehmigt.</i> <i>://: Zusatzantrag der BPK genehmigt.</i> <i>://: Postulat Nr. 2007/160 nicht abgeschrieben.</i>	2008/196 2008/196a
4. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision / Genehmigung <i>://: Teilrevision in der Fassung der GoR genehmigt.</i> <i>://: Auftrag an den Stadtrat betreffend Wahlbüro abgeschrieben.</i>	2007/190 2007/190a
5. Schlussbericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt <i>://: Vom Schlussbericht Kenntnis genommen.</i> <i>://: Postulat abgeschrieben.</i>	2006/84 2006/84b
6. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Markus Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend ISO-Zertifizierung der Stadt Liestal <i>Erledigt.</i>	2008/193 2008/193a
7. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz <i>://: Vom Zwischenbericht Kenntnis genommen.</i>	2006/116 2006/116a
8. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Mobilfunk-Überwachung <i>Erledigt.</i>	2008/192 2008/192a

9. Motion der interfraktionellen einwohnerrätlichen Integrationsgruppe betreffend Schaffung eines Partizipations-Reglements
Vertagt. 2007/187
10. Postulat von Paul Finkbeiner und Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Uni-Campus in Liestal
Vertagt. 2007/179
11. Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“
Vertagt. 2007/188
12. Postulat von Daniel Spinnler namens der FDP-Fraktion betreffend langfristige Ausrichtung der Stadtpolizei Liestal
Vertagt. 2008/194
13. Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Daniel Spinnler, FDP-Fraktion, und Philipp Senn, SP-Fraktion, betreffend Subventionen Steinenbrüggli
Vertagt. 2008/195
14. Postulat von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neue Bushaltestelle Rosen
Vertagt. 2008/198
15. Fragestunde

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen April-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 27. Februar 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Das ehemalige Einwohnerratsmitglied Hans Thommen ist verstorben. Er war eines der Ratsmitglieder der ersten Stunde und amtierte auch als Ratspräsident.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin ist in stiller Wahl wiedergewählt worden. Das Büro gratuliere Regula Gysin herzlich und freut sich, die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit mit ihr fortsetzen zu dürfen.
- Zur Bereinigung der Sitzverteilung in den Kommissionen findet am 21. April 2008 eine Fraktionspräsidentenkonferenz statt.
- Zur Bildung der Spezialkommission betreffend familienergänzende Tagesstrukturen an den Schulen Liestals sind alle Nominationen der Fraktionen eingegangen. Das Büro wird in der Pause die Wahl vornehmen.
- Auf den Plätzen liegt die Einladung zum Einwohnerrats-Ausflug nach Waldkirch vom Samstag, 14. Juni 2008. Erfreulicherweise schliesst sich der Stadtrat der Delegation des Einwohnerrats an.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|------------------|------------------------------|
| - Astrid Basler | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Interpellation von Ernst Gebhard (Fraumättler) betreffend Baustelle H2 in der Weiermatt (Nr. 2008/200);
- Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Sichere Wasserversorgung (Nr. 2008/201);
- Verfahrenspostulat von Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion betreffend Einrichtung einer ständigen Einwohnerrats-Kommission für Soziales und Bildung (Nr. 2008/202);
- Interpellation von Vreni Wunderlin namens der FDP-Fraktion betreffend Tor von Liestal (Nr. 2008/203).

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, sie danke für die guten Wünsche zu ihrer Wiederwahl als Stadtpräsidentin und den Blumenstrauss. Auch sie freue sich auf eine weiterhin konstruktive und offene Zusammenarbeit im Interesse von Liestal.

Am 16. Mai 2008 finde die Vernissage zu einer Bilderausstellung in der „Wirkstatt“ im Hanro-Areal statt, die in Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Waldkirch entstanden sei. Die Einwohnerrats-Mitglieder würden dazu eine Einladung erhalten.

Das 9. Stadion sei in Entstehung begriffen. Ende Mai würden die Kinderkonzerte, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum feierten, dort durchgeführt. Auch andere Kulturschaffende könnten das Stadion nutzen.

Traktandenliste

Adrian Mächler (FDP) legt dar, es gehe um das Geschäft Nr.1, den Quartierplan Hanro-Park. Manche Fraktionen hätten es kontrovers behandelt. Noch seien Fragen offen; insbesondere bestehe keine Gesamtübersicht über das Thema Gewerbezone. Seine Fraktion schlage vor, anstatt zu diskutieren und eventuell eine Volksabstimmung zu provozieren, zuerst Klarheit zu schaffen und dann abzustimmen. Deshalb sei das Geschäft von der Traktandenliste abzusetzen und im Mai oder Juni mit Zusatzinformationen wieder vorzulegen.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, er halte es nicht für fair, ihm dieses Ansinnen fünf Minuten vor der Sitzung bekannt zu geben. Er hätte sich darauf vorbereiten und vermutlich einige Antworten geben können. Die BPK habe dieses Bauprojekt einstimmig verabschiedet. Es seien Korrekturen bezüglich Erschliessung und Energievorschriften gemacht worden. Die Mieter würden aus begrifflichen Gründen um ihren Arbeitsplatz bzw. um ihr Mietobjekt bangen. Die Frage, was man an Gewerbezone neu generieren könne, gehöre in die Revision der Ortsplanung. Viel mehr Informationen, als er bereits an der letzten Sitzung weitergegeben habe, gebe es nicht zu machen. Die Stadt bemühe sich, das Projekt Standortförderung Liestal und das Projekt Gewerbezone Oristal umzusetzen. Wenn es darum gehe, sich mit den Mietern zusammzusetzen, müsse man das klar aussprechen.

Adrian Mächler (FDP) erläutert, er habe Stadtrat Ruedi Riesen nicht rechtzeitig erreichen können. Die Gewerbezone sei das eine; man solle aber auch mit den betroffenen Mietern zusammensitzen und ihnen eine Perspektive aufzeigen.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) betont, er nehme mit Befremden zur Kenntnis, dass jetzt, an der zweiten Lesung dieses Geschäfts, solche Diskussionen aufkämen. Man hätte sich die Arbeit in der BPK sparen können. Das Geschäft stehe vor dem Abschluss, ein Investor sei vorhanden, und nun wolle man wieder von vorne anfangen. Es sei fast wie im Kindergarten. So komme man nicht vorwärts.

Jürg Holinger (GL) äussert, er schliesse sich zum grossen Teil Beat Gränicher an. In der BPK sei nie die Rede von einer solchen Idee gewesen. Das Hanro-Areal sei bereits eine Wohnzone. Den BPK-Mitgliedern sei ausserdem glaubhaft gemacht worden, dass die Gebäude baufällig seien und früher oder später geschlossen würden. Er begreife das Anliegen, dass Gewerbeland zu schaffen sei, aber das Thema sei am falschen Objekt aufgezündet. Wenn man das Geschäft um zwei Sitzungen verschiebe, zaubere man deswegen keine Gewerbezone dorthin. Er meine, das Geschäft sei so, wie es in der BPK besprochen worden sei, durchzuziehen.

Franz Kaufmann (SP) sagt, er ermuntere diejenigen, die Bedenken hätten, ein politisches Instrument wie das Postulat für ihr Anliegen einzusetzen. Er sei auch der Meinung, dass man das Geschäft nun zu Ende diskutieren und abschliessen solle.

Sabine Sutter (FDP) berichtet, sie habe Kontakt zu jemandem gehabt, der im Hanro-Areal Mieter sei. Es gebe dort 37 Firmen mit 120 Arbeitsplätzen. Alle würden gerne in Liestal bleiben. Es sei ihnen bewusst, dass eine Renovation höhere Mieten bedeuteten. Die meisten würden, wenn sie von dort weg müssten, auch Liestal verlassen. Ihr sei wichtig, dass das Gewerbe in Liestal bleiben könne. Im Schild-Areal bestehe eine lange Warteliste. Das Oristal sei noch nicht auf dem gewünschten Stand. Sie sei der Meinung, dass sich die Stadt um die Gewerbetreibenden kümmern solle. Es sei klar, dass der Inhaber mit seinem Gebäude ma-

chen könne, was er wolle; doch das könne er erst, wenn umgezont sei. Es sei ihr ein Anliegen, dass sich ein Vertreter der Stadt Liestal mit den Mietern zusammensetze.

Philipp Senn (SP) hält fest, in der Fraktion sei man sich einig, dass die BPK die Arbeit gemacht und die Fragen geklärt habe. Andererseits seien auch Gefühle da, wie man sie von Adrian Mächler und Sabine Sutter gehört habe. Die Frage sei, wie es weitergehe. Für seine Fraktion sei ein gemeinsamer politischer Vorstoss denkbar, um so das Bestreben des Stadtrats, Ersatz zu suchen, zu stützen.

Peter Schmid (SP) führt aus, seine Fraktion habe das Geschäft intensiv diskutiert. Sie habe erkannt, dass man etwas für das Gewerbe machen müsse. Stadtrat Ruedi Riesen sei bereits am Arbeiten. Das Projekt Hanro sei aber mit solcher Begisterung aufgenommen worden, dass das eigentlich nicht mehr zur Diskussion stehe. Das hindere nicht am Suchen nach neuen Möglichkeiten für das Gewerbe.

Adrian Mächler (FDP) unterstreicht, er befürchte, dass noch nicht alle Ratsmitglieder von diesem Projekt überzeugt seien. Wenn man heute nicht 85 Prozent Zustimmung erreiche, komme es zu einer Volksabstimmung. Dann werde Stimmungsmache betrieben. Sein Ziel sei, den Unentschlossenen zu helfen, sich eine positive Meinung zu diesem Projekt zu bilden.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) berichtet, es brauche 80, nicht 85 Prozent Zustimmung. Im Übrigen schliesse er sich den Worten von Franz Kaufmann an. Man könne auf die nächste Sitzung einen überfraktionellen dringlichen Vorstoss einreichen. Er bitte aber sehr darum, jetzt das Geschäft weiterzuführen.

Walter Leimgruber (SP) erinnert daran, dass er bereits an der ersten Lesung ein Votum aus Sicht der Mieter abgegeben habe. In der Zwischenzeit habe eine Versammlung der Mieter stattgefunden. Dort habe er Neues erfahren. Das mache es ihm noch schwieriger, dieser Vorlage zuzustimmen. Formell sei zwar alles richtig gelaufen. Aber es gehe um 37 Firmen, und niemand halte es für nötig, im Rahmen dieses Quartierplanungsprozesses mit ihnen zu reden. Man nehme nicht Rücksicht auf das, was dort gewachsen sei. Da müsse man sich nicht wundern, wenn ein ungutes Gefühl aufkomme, bei ihm in seiner Doppelfunktion als Einwohnerrat und Mieter. Eine Schule mit 70 Kindern beispielsweise habe grosse Probleme, andere Räumlichkeiten zu finden, ebenso ein Handwerksbetrieb, der sich um Jugendliche kümmere.

Stadtrat Ruedi Riesen bekräftigt, er habe Mühe mit dem Ganzen. Seit Ende 2007 sei das Geschäft im Einwohnerrat. Die BPK habe es subtil behandelt. Niemand sei mit einem Anliegen an die Stadt gelangt. Jetzt äusserten sich die Betroffenen im letzten Moment. Dass er bereit sei, Gespräche aufzunehmen, habe er schon an der letzten Sitzung gesagt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) macht darauf aufmerksam, dass die Abstimmung über die Absetzung des Traktandums eine 2/3-Mehrheit erfordere.

://: Das Absetzen des Traktandums Nr. 1 „Quartierplanung Hanro-Park / 2. Lesung“ (Nr. 2007/185, 2007/185a) auf der Traktandenliste wird mit 15 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) stellt fest, es sei eine Korrektur notwendig. Zum Absetzen eines Geschäfts von der Traktandenliste brauche es nur ein einfaches Mehr. Das Traktandum werde also abgesetzt beziehungsweise vertagt.

Stadtrat Ruedi Riesen fügt hinzu, das sei zu akzeptieren. Er würde dann aber gerne etwas von der Seite hören, die ihren Einfluss geltend machen wolle. Seine Absicht sei immer noch, das Geschäft vor der Sommerpause positiv zu verabschieden.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) fragt, ob weitere Änderungen der Traktandenliste gewünscht seien. Da das nicht der Fall sei, komme sie zur dringlichen Interpellation, die auf dem Tisch liege. Sie bitte den Verfasser Ernst Gebhard um die Begründung der Dringlichkeit.

Ernst Gebhard (Fraumättler) führt aus, im Fraumatt-Quartier befinde sich die derzeit grösste Baustelle. Jeder 20. Einwohner Liestals wohne an dieser Strasse. Die Leute befänden sich dort in Aufregung. Am Anfang sei die Umgebung sehr schmutzig gewesen. Im Moment lägen abgeschnittene Bäume bei den parkierenden Autos, was sehr gefährlich aussehe. Die Anwohner wollten wissen, wie es weitergehe.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, dass die Genehmigung der Dringlichkeit eine 2/3-Mehrheit benötige.

://: Die dringliche Interpellation von Ernst Gebhard / Fraumättler betreffend Baustelle H2 in der Weiermatt wird mit 30 Ja- gegen 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen für dringlich erklärt.

291 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Dringliche Interpellation von Ernst Gebhard (Fraumättler) betreffend Baustelle H2 in der Weiermatt (Nr. 2008/200)

Die Dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Interpellation betreffend Baustelle H2 in der Weiermatt

Die grösste Baustelle in Liestal im dicht besiedeltsten Gebiet Liestals: An der Weiermattstrasse wohnen an der 300 m langen Strasse 210 Familien, also über 600 Personen. Hier ist zur Zeit die grösste Baustelle im ganzen Kanton. Dies nicht nur für ein paar Tage. Nein!! Für mehrere Jahre. Es fahren täglich über 100 Lastwagen hin und wieder weg. Das ist gefährlich, denn an dieser Strasse ist auch noch ein Kindergarten. Die Schüler und alle Fussgänger von der Weiermatt müssen diese Strasse entlang gehen. Was ist zu tun? Die Strasse ist jeden Tag schmutzig. Die parkierten Autos an der Strasse sehen furchtbar aus. Der Dreck reicht bis zu den Häusern. Jetzt, wenn der Frühling und der Sommer kommen, wo man Fenster öffnen will, wird der Staub bis in die Wohnungen getragen. Es ist hier fast unzumutbar zu wohnen. Es ist Handlungsbedarf angezeigt.

Fragen:

- Was kann die Stadt unternehmen?
- Wie können Fussgänger und Schüler geschützt werden?
- Wer ist für die Sauberkeit verantwortlich?
- Wie lange wird es gehen?
- Ist es richtig, das auch beim weiteren Ausbau auf Füllinsdörper Boden alles durch unser Quartier gehen wird?

Vorschläge, die in eine Diskussion eingebracht werden müssten:

- 30 km/h-Zone einrichten. (Mit der Erhöhung des Fussgängerstreifens in der Einmündung in den Kesselweg sind die baulichen Massnahmen ja schon vorhanden.)
- Autoparkplätze auf die andere Strassenseite verlagern. Damit würde ein Schutzwall entstehen zwischen dem Trottoir und der Fahrbahn.
- Aussprache mit den Bewohnern im Fraumattschulhaus.
- Auto waschen? Oder Verzicht auf Nachtparkgebühr während der Bauphase.

Ernst Gebhard
Fraumättler
April 2008

Ernst Gebhard (Fraumättler) unterstreicht, ihm sei wichtig, dass die Leute, die dort wohnten, zu einer Versammlung eingeladen würden. Ausserdem solle abgeklärt werden, wie das Problem des Parkierens zu lösen sei. Ein weiteres Anliegen sei, die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen.

Stadträtin Marion Schafroth erklärt, die vom Departement schriftlich erteilten Antworten auf die Fragen der dringlichen Interpellation lauteten wie folgt:

1. Wer ist für die Sauberkeit verantwortlich? Was kann die Stadt unternehmen, damit die Bewohner und Bewohnerinnen weniger durch den Schmutz auf der Strasse und den Staub in der Luft belästigt werden?

Die Reinigung der Strasse ist Aufgabe des Bauunternehmers. Dieser wird auch regelmässig auf seine Pflichten aufmerksam gemacht. Die Verantwortlichen des kantonalen Tiefbauamts und die örtliche Bauleitung führen täglich Kontrollen durch. Gleichzeitig wurden auch grössere Flächen innerhalb der Baustelle mit Belag versehen, sodass weniger Schmutz und Staub erzeugt werden. Die Stadt kann hier vor allem noch unterstützend wirken, indem sie die Baustellenzufahrt ab Fraumattstrasse zusätzlich mindestens zwei Mal pro Woche oder bei starken Staubentwicklungen täglich mit der Wischmaschine reinigt.

2. Wie können Fussgängerinnen, Fussgänger und Kinder geschützt werden?

Zum Schutz der Fussgängerinnen, Fussgänger und Kinder sind im Bereich des Wendehammers Weiermattstrasse (Zugang zum Kindergarten) provisorische Trottoirs mit Abschränkungen erstellt worden. Zu den Privatparzellen werden derzeit zusätzliche Zäune erstellt. Das bestehende Trottoir entlang der Weiermattstrasse bietet ebenfalls Schutz. Um hier zu verhindern, dass kreuzende Lastwagen auf das Trottoir ausweichen, wurden extra Ausweichstellen definiert, indem diverse Parkplätze aufgehoben wurden. Für diese Parkplätze wurde auch Ersatz geschaffen.

3. Wie lange wird es gehen?

Die Arbeiten am Abschnitt Süd1 (Vollanschluss Liestal Nord) dauern voraussichtlich bis Ende 2009. Die Materialtransporte erfolgen sowohl über die Weiermattstrasse als auch über die Rheinstrasse.

4. Ist es richtig, dass auch für den weiteren Ausbau auf Füllinsdorfer-Boden alles durch unser Quartier gehen wird?

Für die Arbeiten im Abschnitt Tunnel (Richtung Füllinsdorf) wird eine Baupiste erstellt, so dass dann möglichst viele der Baustellentransporte im Bereich der Baustelle selbst, also ausserhalb des öffentlichen Strassenraums, stattfinden werden. Hingegen sind während der Erstellung der Baupiste (angestrebt für das 2. Semester 2008) und für einzelne Teilbaumassnahmen am Tunnel die Zu- und Wegfahrten nur über das öffentliche Strassennetz möglich.

5. Vorschläge von Herrn Gebhard zur Diskussion

- **Tempo 30-Zone einrichten:** Es wurden Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt und nach Auswertung dieser besteht kein Bedarf zur Signalisation von 30 km/h. 85% der Fahrzeuge fahren 36 km/h und weniger, die Durchschnittsgeschwindigkeit lag unter 30 km/h. In der Weiermattstrasse ist eine Anzeige für die gefahrene Geschwindigkeit installiert worden. Diese Daten können auch ausgewertet werden. Gleichzeitig werden die Chauffeure regelmässig zum langsamen Fahren ermahnt.
- **Verlagerung der Autoparkplätze auf die andere Seite:** Die Sicht der Fussgänger, Fussgängerinnen und Kinder sowie der PW's und LKW's wird durch parkierende Autos neben dem Trottoir stark beeinträchtigt (Überqueren der Strasse, spielende Kinder); zudem besteht die Gefahr, dass die Autos auf dem Trottoir parkieren. Aus diesen Überlegungen heraus werden die Parkplätze nicht auf der Trottoirseite angeordnet, sondern so belassen.
- **Aussprache mit den Bewohnerinnen und Bewohnern (z.B. im Fraumattschulhaus):** Diesen Vorschlag nehmen wir gerne auf und werden ihn mit den Verantwortlichen des Kantons besprechen. Dann könnten das Projekt und die einzelnen Bauphasen erläutert werden.

- **Auto waschen oder Verzicht auf Nachtparkgebühren während der Bauphase:** Für die Frage des Autowaschens sind die Verursachenden, sprich die Bauunternehmung, zuständig. Es ist uns in ähnlichen Fällen nicht bekannt, dass die Verantwortlichen einer Baustelle zu einem solchen Handeln verpflichtet werden konnten. Die Nachtparkgebühren wurden auch in anderen Gemeinden aufgrund von Baustellen nicht erlassen. Sofern auf das Parkieren in der Weiermattstrasse infolge der Baustelle verzichtet wird, wird die Nachtparkgebühr anteilmässig zurückgezahlt.

Stadträtin Marion Schafroth bemerkt, sie habe sich die Baustelle heute selbst angeschaut und einen positiven Eindruck gewonnen. Es habe sauber ausgesehen. Beim Kindergarten seien spezielle Abschränkungen errichtet worden. Für die Lastwagen bestünden Ausweichmöglichkeiten. Von Seiten der Betriebe werde man das Bestmögliche tun. Man werde für Sauberkeit sorgen, und für ein Gespräch mit den Anwohnern stünden Tür und Tor offen.

Ernst Gebhard (Fraumättler) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen, zeigt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) berichtet, sie wohne auch im Fraumattquartier. Die Diskussion wegen der Baustelle dauere schon länger an. Zurzeit werde aber viel unternommen. Sie habe selbst mit dem Tiefbauamt des Kantons Kontakt aufgenommen. Ein Mitarbeiter sei daraufhin gekommen und habe die Anliegen der Bewohner ernstgenommen. Bald darauf sei es sauberer geworden. Wichtig sei, immer wieder das Gespräch mit dem Tiefbauamt zu suchen. Was bis jetzt geschehen sei, habe sie überzeugt.

Ernst Gebhard (Fraumättler) bestätigt, im Moment sei die Baustelle relativ sauber. Die Anwohner hätten jedoch zu wenig zu sagen. Man müsse sie unbedingt zu einem Gespräch einladen, damit sie sich äussern könnten. Dieses Anliegen sei an ihn herangetragen worden. Es sei dringend, denn die Anwohner seien verärgert, gerade jetzt, wo diese Bäume herumlägen. Man müsse auch daran denken, dass es Sommer werde und die Leute die Fenster öffnen wollten. Wenn dann wieder Schutt herumgeführt werde, könne es staubig werden.

Somit ist die Interpellation erledigt.

292 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

2. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Rebgarten“ / 1. Lesung (Nr. 2007/184, 2007/184a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Nach intensiver Planungsarbeit ist ein Quartierplan entstanden, der es ermöglicht, an bester Lage von Liestal zusätzlich ca. 2500 m² Dienstleistungsfläche und ca. 3500 m³ Wohnfläche sowie gegen 200 Parkplätze (davon rund 85 öffentliche Einstellplätze) zu schaffen. Für die Kommissionsberatung standen den Mitgliedern zusätzlich zur ER-Vorlage folgende Unterlagen zur Verfügung: Planungsbericht, Bericht zur kantonalen Vorprüfung und Bericht zur öffentlichen Mitwirkung. Die Bau- und Planungskommission liess sich im Detail über die vorgesehene Neuüberbauung orientieren. Sie nutzte die Möglichkeit, auch den Planer und einen Vertreter der Investoren anzuhören. Insbesondere hat sie sich mit folgenden Details befasst: Ein- und Ausfahrt Einstellhalle, Minergie-Standard, Eigentumsverhältnisse, öffentliche Parkplätze, Kosten für die Stadt Liestal, Gestaltung und Nutzung des Aussenraumes, Orisbach, Götterbaum und Parkleitsystem. Die Bau- und Planungskommission unterstützt den Quartierplan Rebgarten einstimmig und bittet den Einwohnerrat, seine Zustimmung dazu zu erteilen, ebenso zu den beiden Zusatzanträgen der Kommission.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Die Quartierplanvorschriften „Rebgarten“, bestehend aus a) Quartierplan-Reglement (mit Änderungen unter Antrag 4.2 und 4.3) und b) Teil-Plänen (Nr. 1, Bebauung, Erschliessung und Freiräume; Nr. 2, Fassade / richtungsweisend), werden beschlossen.
2. Änderung von Artikel 7.4: Es werden ca. 85 öffentliche Parkplätze (das entspricht der Hälfte aller unterirdischen Parkplätze) erstellt.
3. Änderung von Artikel 6.3: Vor der Ausführung der Umgebungsarbeiten sind bei der Bewilligungsbehörde die notwendigen Detailunterlagen zur Materialisierung der Wege und Bepflanzung einzureichen.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) bemerkt, die Diskussion um das Geschäft Hanro habe ihn irritiert. Die BPK habe viel Arbeit. Die Weichen sollten jeweils rechtzeitig in die richtige Richtung gestellt werden.

Beim Quartierplan Rebgarten handle es sich um eine Planung, bei der konkrete Absichten vorhanden seien. Die BPK habe Gelegenheit gehabt, mit Planern und Investoren zu diskutieren. Die Kommission habe einen guten und positiven Eindruck von diesem Vorhaben erhalten. Sie sei davon überzeugt, dass es städtebaulich einen Gewinn für Liestal darstelle. Besonders positiv sei die Tatsache, dass die für das Gewerbe dringend benötigten zusätzlichen öffentlichen Parkplätze im nördlichen Bereich der Altstadt geschaffen werden könnten. Die Kommission habe sich mit diversen Fragen um das Projekt auseinandergesetzt. Alle Details seien dem Kommissionsbericht zu entnehmen. Aus diesen Diskussionen seien zwei Zusatzanträge entstanden. Der Kommissionsbericht enthalte auch den Wunsch nach einem Ausbau des Parkleitsystems. Ein solches System sei eine Dienstleistung für die Besucherinnen und Besuchern, die mit dem Auto nach Liestal kämen; es trage aber auch dazu bei, den Suchverkehr zu vermindern. Im Namen der Kommission bitte er um Zustimmung zu den Anträgen.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, das Quartier liege in der Zentrumszone. Die Geschäfte, die dort Einsitz nehmen könnten, würden das Stedtli beleben. Er sei von der Verdichtungsidee in der Zentrumszone überzeugt. Sie stelle eine subtile städtebauliche Lösung dar. Man habe viel daran gearbeitet und nichts dem Zufall überlassen. Die Investorenseite habe subtil geplant, um eine optimale Lösung zu finden. Es sei ein faszinierendes Projekt im unteren Eingangsbereich des Stedtli, das um einiges wertvoller sei als das, was man jetzt habe. Zusammen mit der Umsetzung des Verkehrskonzepts entstehe dort eine sehr schöne, angepasste Situation. Die zusätzlichen Anträge der BPK finde er sehr gut.

Regina Vogt (FDP) äussert, im Rahmen eines Baubehrens sei die Rebhaus AG vor zwei Jahren an die Stadt gelangt, um eine Liegenschaft am Brunnenweglein und angrenzende Parzellen käuflich zu erwerben. Daraus sei der Quartierplan erfolgt sowie die Auflage, ein Parkhaus zu erstellen. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass das Projekt eine Aufwertung des Gebiets bedeute. Es ermögliche alters- und behindertengerechtes Wohnen nahe am Stedtli und garantiere zudem die Hälfte der unterirdischen Parkhaus-Parkplätze. Ein Investor wäre bereit, sofort zu starten. Die FDP stehe hinter den Anträgen.

Philipp Senn (SP) fügt hinzu, seine Fraktion schliesse sich den positiven Vorvoten an. Die Zeit, die investiert worden sei, um ein stimmiges Projekt auszuarbeiten, habe sich gelohnt. Das Thema Parkleitsystem sei eingebracht worden. Das Parkleitsystem könne ein Mittel sein, um die ganze Parkplatzsituation ins Gleichgewicht zu bringen. Die SP-Fraktion werde den Anträgen der BPK einstimmig folgen.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, er habe eine Frage zu einem der Pläne. Man sehe darauf die oberirdischen Parkplätze entlang der Rebgasse. Es handle sich um 12 bis 14 Parkflächen. Man habe ihm keine Auskunft darüber geben können, ob es nötig sei, dass die Parkfelder nur über das Trottoir erreichbar seien. Eine moderne Planung müsse doch vorsehen, dass der Fussgängerbereich den Häusern entlang führe.

Jürg Holinger (GL) betont, die Grüne Fraktion halte den Quartierplan ebenfalls für ein ausgezeichnetes Projekt, das am richtigen Ort entstanden sei. Seine Fraktion unterstütze insbesondere die Formulierung zum Minergie-Standard. Betreffend Trottoir spreche Hans Brodbeck ihm aus dem Herzen. Weiter sei der Grünen Fraktion wichtig, dass sich die Gemeinde bei den weiteren Verhandlungen richtig einbringe, damit die geforderten Parkplätze erstellt werden könnten.

Vreni Wunderlin (FDP) macht darauf aufmerksam, dass ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt worden sei. Es interessiere sie, ob man den verschiedenen Anliegen gerecht werden können, sonst müsse man sich je nachdem mit Einsprachen beschäftigen. Sie habe den Eindruck, dass das Solitaire-Gebäude massiv überhöht sei. Es seien sieben Vollgeschosse und eine Höhe von insgesamt 21 Metern vorgesehen. Es gehe ihr darum, wie sich dies optisch mit dem Blick zur Altstadt vereinbaren lasse. Sie bitte darum, hier nochmals genau hinzuschauen und mache beliebt, das Gebäude um zwei bis drei Stockwerke reduzieren.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) meint, wenn unmittelbar im Stedtli verdichtet gebaut werde, mache das Sinn. Er habe gehört, dass dort schon früher höhere Gebäude gestanden hätten. Dass beim Realisieren des Projekts öffentliche Parkplätze entstünden, sei für die Einkaufsmeile Liestal sicher von Vorteil. Seine Fraktion stimme den Anträgen einstimmig zu.

Erika Eichenberger (GL) berichtet, sie habe sich mit dem Thema Orisbach-Revitalisierung befasst und sich nach dem Unterschied zwischen Revitalisierung und Renaturierung erkundigt. Sie habe die Auskunft erhalten, dass dies dasselbe bedeute. Ihrer Fraktion sei es ein Anliegen, dass man diesbezüglich möglichst viel heraushole.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) führt aus, die BPK werde die Frage betreffend Trottoir zuhanden der zweiten Lesung nochmals prüfen. Die Kommission habe die Höhe der Gebäude

ausgiebig diskutiert. Sie meine, dass diese Höhe dort richtig sei. Es sei sinnvoll, in Stedtlinähe verdichtet zu bauen. Auch der wirtschaftliche Aspekt sei zu beachten. Zur Frage zum Bach könne er sagen, dass bei einer der beiden Varianten nur die Sohle verändert werde. Stadtrat Ruedi Riesen könne dies vielleicht noch genauer erklären.

Roman Zeller (FDP) fügt hinzu, er unterstütze das Projekt. Für ein urbanes Gebiet sei dies ein optimaler Quartierplan. Im Reglement habe er allerdings festgestellt, dass die Stadt die Ausnahmemöglichkeiten an den Kanton delegiere. Bei einem Quartierplan handle es sich um einen kommunalen Nutzungsplan; dies sei ein Bereich der Gemeindeautonomie. Falls später kleinere Abweichungen nötig würden, könne diese Regelung den Bauherren die Abänderungen enorm erschweren. Er sei der Meinung, die Gemeinde solle die Autonomie selbst behalten.

Stadtrat Ruedi Riesen erwidert, das Thema Parkplätze entlang der Strasse werde man nochmals anschauen. Das Solitaire-Gebäude habe man ursprünglich noch höher bauen wollen. So, wie es jetzt geplant sei, sei es vom Kanton sanktioniert. Das Mitwirkungsverfahren sei angesprochen worden. Das Stadtbauamt habe mit allen Mitwirkenden geredet. Ob es trotzdem noch zu Einsprachen kommen werde, könne man nicht wissen. Beim Bach sei in diesem Zentrumsbereich nur eine Revitalisierung und keine Renaturierung möglich, weil der Hochwasserschutz gewährleistet sein müsse. Deshalb könne man die Mauer nicht wegnehmen. Die Bachsohle hingegen werde natürlich gestaltet. Eine Renaturalisierung werde im unteren Bereich angestrebt. Der Sache, die Roman Zeller angesprochen habe, werde er nachgehen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, sie wolle zuerst über die Anträge Nr. 2 und Nr. 3 abstimmen lassen.

://: Die folgende Änderung von Artikel 7.4 „Es werden ca. 85 öffentliche Parkplätze - das entspricht der Hälfte aller unterirdischen Parkplätze – erstellt“ wird in 1. Lesung einstimmig genehmigt.

://: Die folgende Änderung von Artikel 6.3 „Vor der Ausführung der Umgebungsarbeiten sind bei der Bewilligungsbehörde die notwendigen Detailunterlagen zur Materialisierung der Wege und Bepflanzung einzureichen“ wird in 1. Lesung einstimmig genehmigt.

://: Die Quartierplanvorschriften „Rebgarten“, bestehend aus a) Quartierplan-Reglement (mit Änderungen unter Antrag 4.2 und 4.3) und b) Teil-Plänen (Nr. 1, Bebauung, Erschliessung und Freiräume; Nr. 2, Fassade / richtungsweisend), werden in 1. Lesung mit grosser Mehrheit bei einer Enthaltung genehmigt.

293 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Allee - Freihofgasse, Platzneugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung (Nr. 2008/196, 2008/196a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Im Rahmen der Aufwertung der Altstadt soll als erstes Projekt die Neugestaltung des Platzes Allee-Freihofgasse umgesetzt werden. Da es sich im Rahmen der Altstadt-Aufwertung hier lediglich um die erste Etappe handelt, kann die Bau- und Planungskommission dem Antrag 2 des Stadtrates nicht folgen, wonach das Postulat Nr. 2007/160 abzuschreiben sei, denn der Auftrag wird erst teilweise erfüllt. Die Kommission hat sich eingehend mit den vielen Detailfragen rund um dieses Projekt befasst. Sie unterstützt die Absicht des Stadtrates für diese Platzneugestaltung einstimmig, mit Ausnahme der Materialwahl. Sie konnte sich auch davon überzeugen, dass sich dieses Projekt im Gesamtkonzept bezüglich Aufwertung der Altstadt - mit den entsprechenden Zugängen - bewegt und eine sinnvolle erste Etappe darstellt.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt das Bauprojekt und den Kredit von CHF 550'000.- für die Neugestaltung des Platzes Allee-Freihofgasse sowie die Neubeleuchtung des gesamten Areals Allee.
2. Für die Darstellung der ehemaligen Stadtmauer, des Turmes und der Ornamente sind Porphyr-Steine zu verwenden.
3. Das Postulat Nr. 2007/160 betreffend Aufwertung der Altstadt wird nicht abgeschrieben.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erläutert, die Bau- und Planungskommission habe sich vertieft mit vielen Fragen rund um die Neugestaltung des Bereichs Allee-Freihofgasse befasst. In den Grundzügen könne sie den Vorstellungen des Stadtrates folgen. Wichtig sei, dass ein einheitliches Beleuchtungs-Konzept vorgegeben werde, das über die Platzgestaltung hinausgehe. Ein entscheidender Punkt bei der Platzgestaltung sei der Imbiss-Stand, denn ein Chalet habe hier nichts mehr zu suchen. Deshalb fordere die Kommission, dass der Ersatz des Chalets ein Muss sei. Ihr sei zugesichert worden, dass die Verhandlungen mit dem Besitzer auf gutem Weg seien. Die BPK habe diverse weitere Wünsche formuliert, die alle im Bericht aufgeführt seien. Nicht einverstanden sei die Kommission mit der Materialwahl. Aus diesem Grund stelle sie einen entsprechenden Antrag. Auch meine sie, dass das Postulat Nr. 2007/160 noch nicht abgeschrieben werden könne, da nur ein Teil davon erfüllt sei. Damit das Bauen an der Schützenstrasse-Allee-Freihofgasse-Seestrasse möglichst rasch und in einem Zug vollendet werde, bitte er darum, den Kommissions-Anträgen zuzustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, er sei nur mit dem Antrag Nummer 2 der BPK nicht einverstanden. Er wolle ihn relativieren. Er gebe zu, dass die Materialisierung noch nicht optimal gewesen sei, ebenso die Beleuchtung. Das zweite Set der neuen Beleuchtung werde am Wasserturmplatz erstellt; zwei Tellerleuchten würden dort durch zwei neue Leuchten ersetzt. Der Sinn sei, die ganze Umgebung des Stedtlis mit denselben Leuchten auszustatten. Einheit halte er auch beim alten Stadtgemäuer wichtig. In diesem Teil könne er dem Vorschlag der BPK folgen. Die Materialdiskussion solle aber seiner Meinung nach in der BPK nicht im Vordergrund stehen. Bei der Gestaltung des Wasserturmplatzes habe man den Siegern des Wettbewerbs auch nicht vorgeschrieben, welches Material sie nehmen müssten. Er bitte den

Rat deshalb, den gestaltenden Planern zu überlassen, welches Material sie für die Ornamentik der Platzgestaltung wählen wollten, dass zum Beispiel auch Jurakalkstein möglich wäre.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) berichtet, die BPK habe das Geschäft zügig behandelt, damit man das neue Projekt an die derzeitige Bautätigkeit anknüpfen könne. Positiv erscheine der BPK, dass der Platz mit einer besseren Beleuchtung und einem attraktiveren Belag neu gestaltet werde. Die Kommission habe sich vor allem am schwarzen Metallstreifen gestört. Sie wäre auch mit Jurakalkstein einverstanden. Sie sei aber auch mehrheitlich der Meinung gewesen, dass nicht jeder Platz, der in Liestal neu gestaltet werde, sich von den anderen Plätzen abheben müsse. Man wolle auch etwas zum Erscheinungsbild von Liestal sagen. Seine Fraktion sei einstimmig der Meinung, dass ein schöner Platz entstehen dürfe und stimme den drei Anträgen einstimmig zu.

Hans Brodbeck (FDP) sagt, er freue sich, dass die Allee neu gestaltet werde. Das entspreche auch dem Postulat, das er im Namen der FDP eingereicht habe. Es hätte ihn noch mehr gefreut, wenn man noch mehr im Zusammenhang gedacht und von der Post bis zum Lüdi-pärkli eine Planung durchgezogen hätte. Ihn habe erstaunt, dass die BPK bei der Materialisierung korrigierend eingreife. Er hätte erwartet, dass der Stadtrat irgendwann eine Direktive gegeben und gesagt hätte, wie er verbindende Elemente in der Stadt gestaltet haben wolle, um eine gewisse Ruhe und Grosszügigkeit hineinzubringen. Der öffentliche Raum hätte eine Einheitlichkeit erhalten, wenn man hier Vorgaben gemacht hätte. Als Nächstes habe ihn erstaunt, dass man jetzt über das Thema Beleuchtung rede, obwohl man in den Planungen offenbar schon sehr weit sei. Anscheinend sei bei allen Projekten diesbezüglich nie etwas empfohlen oder beschlossen worden.

Regina Vogt (FDP) führt aus, ihre Fraktion stehe grossmehrheitlich hinter dem Projekt. Sie begrüsse das Beleuchtungs-Konzept. Weitere positive Punkte seien die Sanierung des Wehrmannsdenkmals und die Ausholzung. In der Frage der Materialisierung schliesse sie sich Beat Gränicher an. Sie denke ebenfalls, dass die Wahl von Jurakalkstein möglich sein sollte. Die FDP-Fraktion stehe auch hinter dem Antrag, das Postulat Nr. 2007/160 nicht abzuschreiben. Sollte das Chalet entgegen allen Erwartungen stehen bleiben, erwarte ihre Fraktion, dass der Baurechtsvertrag nicht verlängert werde.

Jürg Holinger (GL) äussert, man habe die BPK mit gewissen Kompetenzen, wenn sie sie jedoch einmal ein wenig ausweite, sie dies falsch. Er meine, es liege durchaus im Rahmen der Tätigkeit der BPK, sich mit dieser Materialisierung zu befassen. Sie setze damit kein Präjudiz für die Rathausstrasse oder andere Bereiche. Die Überlegung der BPK sei gewesen, die vier Eingänge ins Stedtli mit denselben Materialien zu gestalten. Man habe an zwei Orten bereits Porphyр eingesetzt. Er sehe nicht ein, weshalb man nicht am dritten Ort mit Porphyр weiterfahren könne. Der Gedanke habe seine Berechtigung. Nicht jeder Architekt müsse sich an jeder Ecke ein Denkmal setzen. Die BPK bleibe bei ihrem Vorschlag. Ihm sei im Übrigen zugesichert worden, dass die Beleuchtung vom Bahnhof über den Wasserturmplatz bis in die Allee einheitlich ausgewählt werde. Er gehe davon aus, dass man dabei auch den Aspekt des Energieverbrauchs beachte.

Philipp Senn (SP) teilt mit, seine Fraktion begrüsse es, dass man nun von der Allee als einem Vorplatz und Entsorgungshof wegkomme, hin zu einem freundlichen Eingang zum Stedtli vom Bahnhof her. Die SP-Fraktion sei überzeugt, dass man dank dem neuen Platz nachts und tagsüber mit einem sicheren Gefühl vom Bahnhof ins Stedtli gelange und zurück. Wenn man argumentiere, man solle Porphyр einsetzen, weil man dieses Material bereits da und dort eingesetzt habe, dann sei das für ihn ein Präjudiz. Er denke, der Platz, der sehr leicht und mit viel Phantasie gestaltet werden solle, dürfe durchaus ein anderes Material haben. Seine Fraktion sei deshalb der Überzeugung, dass man diesen Punkt offen halten solle. Sie denke, dass die Planer diese Entscheidung genau so gut wie der Rat treffen könne oder sogar besser. Die SP-Fraktion lege deshalb nahe, dass der BPK-Präsident diesen Antrag zurückziehe oder dass der Rat den Antrag nicht annehme.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erwidert, er könne den Antrag nicht zurückziehen, da es sich um einen einheitlichen Beschluss der BPK handle. Es sei der BPK vor allem darum gegangen, dass man bei der Stadtmauer Porphyр verwende. Man könne den Antrag höchstens bezüglich des Ornaments offener formulieren. Dem müssten die BPK-Mitglieder aber zustimmen. Jürg Holinger als Fachmann könne die Sache vielleicht besser als er beurteilen. Zur Bemerkung von Hans Brodbeck wolle er sagen, dass es der BPK auch lieber gewesen wäre, wenn man die Zusammenhänge besser sehen würde. Sie habe aber das Projekt nicht überladen wollen, damit es nicht scheitere. Er bitte um Zustimmung zu den Anträgen. Die BPK vertraue dem Stadtrat, dass das Ganze in die richtige Richtung gehe.

Jürg Holinger (GL) findet, man müsse nicht päpstlicher sein als der Papst. Er könne sich vorstellen, dass man einfach für den Turm Porphyр verwende. Seine Meinung sei allerdings, dass man so über den Antrag abstimme, wie ihn die BPK formuliert habe.

Stadtrat Ruedi Riesen gibt bekannt, er wolle noch einige Antworten geben. Wenn man in Liestal alles zusammenhängen wolle, dann müsse man schon jetzt wissen, wie der Belag des Stedtlis aussehen solle. Beschlossene Sache sei, dass man die Beleuchtung überall durchziehe. Bäume und Buschwerk sollten städtischen Charakter erhalten. Sie würden nicht ab-, sondern zurückgeschnitten. Im Zuge der Beantwortung des Postulats seien weitere Massnahmen geplant. Die Verhandlungen betreffend Chalet liefen gut. Man wolle dort einen leichten Pavillon hinstellen. Er wäre sehr froh, wenn man in Anlehnung an den Vorschlag von Hanspeter Meyer die Darstellung der alten Stadtmauer in Porphyр realisiere, dass man aber freie Hand lasse bei der Ornamentik des Platzes.

Regula Nebiker (SP) sagt, sie wolle beliebt machen, den Antrag Nummer 2 der BPK nicht zu überweisen. Wenn der Rat sich auf Porphyр festlege, verunmögliche dies andere, vielleicht bessere Lösungen. Durch die Erläuterungen von Ruedi Riesen sei klar geworden, dass das Unbehagen aufgenommen worden sei. Sich auf ein Material zu fixieren, wäre ihrer Meinung nach kein weiser Ratsbeschluss.

Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP) unterstreicht, er schliesse sich Jürg Holinger an und meine, man solle den Antrag der BPK so stehen lassen und darüber abstimmen. Er sei überzeugt, dass dieser Vorschlag besser für das Bild von Liestal sei, als wenn man hier freie Hand lasse.

Roman Zeller (FDP) bekräftigt, er unterstütze den Antrag von Jürg Holinger und Beat Gränicher. Der Zeitgeist ändere sich rasch. Die Überlegung, die Eingangsbereiche von Liestal einheitlich zu gestalten, halte er für richtig.

Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion stelle folgenden Antrag: *Für die Darstellung der ehemaligen Stadtmauer und des Turmes sind Porphyр-Steine zu verwenden.*

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, sie stelle in den folgenden Abstimmungen zuerst den Antrag der BPK und denjenigen der Grünen einander gegenüber.

- ://: Der Antrag der Grünen Fraktion, für die Darstellung der ehemaligen Stadtmauer und des Turmes Porphy-Steine zu verwenden, erhält 16 Ja-Stimmen.
- ://: Der Antrag Nr. 2 der BPK, für die Darstellung der ehemaligen Stadtmauer, des Turmes und der Ornamente Porphy-Steine zu verwenden, erhält 19 Ja-Stimmen.
- ://: Der Antrag Nr. 2 der BPK wird mit 22 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.
- ://: Das Bauprojekt und der Kredit von CHF 550'000.- für die Neugestaltung des Platzes Allee-Freihofgasse sowie die Neubeleuchtung des gesamten Areals Allee wird einstimmig genehmigt.
- ://: Einstimmig wird beschlossen, das Postulat Nr. 2007/160 betreffend Aufwertung der Altstadt nicht abzuschreiben.

294 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

4. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Gemeindeordnung: Teilrevision, Genehmigung (Nr. 2007/190, 2007/190a)

Die Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente (GoR) hält in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes fest:

Die Änderung des Wahlverfahrens der Sozialhilfebehörde wird von allen Parteien begrüsst. Es wird erwartet, dass der Einwohnerrat aufgrund der fundierten Auseinandersetzung mit den kandidierenden Personen besser in der Lage ist, geeignete Personen in die Behörde zu wählen. Die Bestimmung § 4 Abs. 2 lit. b wurde in der Vorlage des Stadtrats übersehen und von der GoR eingefügt. Die Reduktion des Wahlbüros von 35 auf 25 Mitglieder wurde bereits in der Vorlage Nr. 04/181 vom Stadtrat als Absichtserklärung festgehalten. Mit der Änderung der Gemeindeordnung kann somit auch diese Pendenza als erledigt von der Liste der Offenen Geschäfte gestrichen werden. Der Stadtrat ist der Meinung, dass er nicht zwingend durch ein Mitglied im Musikschulrat vertreten sein muss, welcher sich hauptsächlich um operative Belange kümmert. Die GoR kann das nachvollziehen. Mit der Streichung der Feuerwehr- und der Kindergartenkommission werden bereits vollzogene Praxisänderungen auch im Reglement nachvollzogen. Eine weitere Änderung der Vorlage aufgrund der Diskussion in der GoR betrifft die Bestimmungen zum Inkrafttreten, Teil II. in der Beilage 1. Die Formulierung soll gewährleisten, dass die Wahl der Sozialhilfebehörde für die Wahlperiode 2009-2013 nach neuem Reglement vollzogen werden kann und die übrigen Änderungen auf die neue Wahlperiode des Wahlbüros resp. des Musikschulrates in Kraft gesetzt werden können.

Die Anträge der GoR lauten:

1. Der Einwohnerrat genehmigt die Änderungen der §§ 2, 3, 4 und 8a sowie die Bestimmung zum Inkrafttreten der Änderungen in der Fassung der Kommission.
2. Der Auftrag an den Stadtrat zur Vorlage 04/181 (Wahlbüro - Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012) ist als erledigt abzuschreiben.

GoR-Präsident Walter Leimgruber (SP) führt aus, es gehe um Änderungen der Gemeindeordnung. Die Änderungen betreffen die Wahl der Sozialhilfebehörde, die Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros, den Einsitz des Stadtrats in den Musikschulrat, die Anpassung der Kindergarten- sowie der Feuerwehrkommission sowie den Zeitpunkt, wann diese Änderungen in Kraft treten sollten.

Der Stadtrat schlage in seiner Vorlage vor, dass künftig der Einwohnerrat die Sozialhilfebehörde wählen solle. Bis jetzt wähle das Volk die Sozialhilfebehörde, und zwar im Proporzverfahren. In der GoR sei dieser Punkt unbestritten gewesen. Die Reduktion des Wahlbüros sei schon früher beschlossen worden, werde aber erst mit dieser Revision vollzogen. Der Stadtrat sei der Meinung, dass er im Musikschulrat nicht direkt vertreten sein müsse, da bereits Vertreter der Stadt im Musikschulrat Einsitz hätten. Bei wichtigen Geschäften, bei denen der Stadtrat mitentscheiden müsse, werde er seinen Einfluss auch so geltend machen können. Dann gebe es zwei Kommissionen, die gestrichen worden seien, die Kindergarten- und die Feuerwehrkommission. Der Stadtrat habe ein rückwirkendes Inkrafttreten der neuen Bestimmungen auf Anfang dieses Jahres vorgeschlagen. Dies sei juristisch offenbar nicht einwandfrei. Die Bestimmungen, die die Sozialhilfebehörde betreffen, könnten mit der von der GoR vorgeschlagenen Regelung in Kraft treten, bevor die Amtsperiode der Behörde am 01.01.09 beginne. Die Bestimmungen für das Wahlbüro würden erst auf die übernächste Amtsperiode in Kraft treten. Er bitte darum, den Anträgen der GoR zuzustimmen.

Claudia Roche (SP) teilt mit, die SP-Fraktion sei mit der Teilrevision einverstanden. Die Fraktionsmitglieder hätten die Wahlform der Sozialhilfebehörde länger diskutiert. Es sei darum gegangen, wie die Qualität der Kandidierenden und die Ausgewogenheit der Behörde am besten sichergestellt werden könne. Sicher gebe sich jede Partei Mühe, gut qualifizierte Leute aufzustellen. Bei diesem Punkt der Qualifikation dürfe es zu keinem Unterschied zwischen Volks- und Parlaments-Wahl kommen. Auf der anderen Seite sei auch die direkte Auseinandersetzung im Einwohnerrat bzw. in den Fraktionen mit den Kandidierenden wertvoll. Ein Wermutstropfen sei, dass die Wahl an der Urne auch kleinen Parteien eine Chance auf einen Sitz in der Behörde liesse. Die SP-Fraktion meine, dass jeder Einwohnerrat aufgefordert sei, sich an den bewährten Proporz zu halten. Ihre Fraktion werde der Teilrevision in der GoR-Version zustimmen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) meint, die Änderungen seien sinnvoll. Besonders die Änderung des Wahlverfahrens für die Sozialhilfebehörde sei für alle Parteien sehr entlastend. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion unterstütze die beiden Anträge der GoR und danke der Kommission und der Verwaltung für die gute Arbeit.

Elisabeth Spiess (GL) sagt, in ihrer Fraktion seien ähnliche Fragen aufgekommen, wie sie Claudia Roche formuliert habe. Die Zustimmung zu den beiden Anträgen sei aber unbestritten gewesen.

Nils Henn (FDP) äussert, auch die FDP-Fraktion stelle sich einstimmig hinter die Anträge der GoR. Insbesondere vom Wahlverfahren der Sozialhilfebehörde verspreche man sich etwas. Seine Fraktion denke nicht, dass es undemokratischer zu- und hergehen werde, sondern dass man so noch besser auf die Qualitäten der Kandidierenden eingehen könne.

Stadtpräsidentin Regula Gysin fügt hinzu, das Inkrafttreten der Bestimmungen zur Sozialhilfebehörde habe zur Folge, dass die Volksabstimmung darüber auf den 29. Juni 2008 vorgesehen sei. Dies sei der letztmögliche Termin für die Abstimmung. Nur so könne die vorgeschriebene Frist eingehalten werden.

://: 1. Die Änderungen der §§ 2, 3, 4 und 8a sowie die Bestimmung zum Inkrafttreten der Änderungen in der Fassung der Kommission werden einstimmig genehmigt.

://: 2. Der Auftrag an den Stadtrat zur Vorlage 04/181 (Wahlbüro - Reduktion / Wahl des Wahlbüros ab Amtsperiode 2008-2012) wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

295 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Schlussbericht des Stadtrates zum Postulat von Claudia Roche namens der SP-Fraktion betreffend einen guten Standort für den Bauernmarkt (Nr. 2006/84, 2006/84b)

Der Stadtrat teilt in seinem Schlussbericht zusammengefasst Folgendes mit:

Die Rathausstrasse, Teilstück ab Kanonengasse bis Büchelistrasse, hat sich nach intensiver Auseinandersetzung mit den Marktfahrer/innen und den anliegenden Gewerbebetrieben als bester Standort für einen erweiterten Bauernmarkt herausgestellt. Man einigte sich auf ein einheitliches Erscheinungsbild (weisses Zelt oder Schirm). Damit wurde dem Bedürfnis einiger Marktfahrenden nach Schutz vor den Witterungseinflüssen weitgehend Rechnung getragen. Allerdings bedingt dies gewisse Investitionen seitens der bisherigen Marktfahrenden, an denen sich die Stadt in der Höhe von CHF 6'000.00 beteiligt. Aufgrund des neuen Standortes haben sich diverse neue Betriebe zur Teilnahme am Bauernmarkt entschlossen. Der Beginn des Bauernmarktes am neuen Ort ist auf den ersten Samstag im April 2008 vorgesehen. Die Marktfahrenden sind mit einem reichhaltigen Angebot an Produkten aus integrierter Produktion und Bio-Betrieben vertreten.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht.
2. Das Postulat Nr. 2006/84 vom 05.04.2006 wird als erfüllt abgeschrieben.

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, alles Wichtige stehe im Schlussbericht. Inzwischen sei der Bauernmarkt mit zahlreichen Besuchern und einem vielseitigen Angebot eröffnet worden. Von Seiten der Stadt sei man überzeugt, dass man einen guten Standort gefunden habe.

Claudia Roche (SP) betont, sie habe sich mächtig gefreut, als der Markt vor anderthalb Wochen Premiere gehabt habe. Der Kundenaufmarsch sei bemerkenswert, die Stimmung heiter und locker gewesen. Sie meine, dass die Rathausstrasse und das Stedtli dadurch gewonnen hätten. Die Marktfrauen seien von diesem Umzug allerdings nicht nur begeistert gewesen. Sie hätten sich zum Teil sehr skeptisch geäußert, weil die Organisation für sie an diesem Standort komplizierter sei. Die SP-Fraktion glaube, dass es in der ersten Zeit etwas Unterstützungsbereitschaft sowohl vom Marktchef als auch von privater Seite brauche. Man habe zu dritt am letzten Samstag beobachtet, ob die Frauen mit dem Aufbauen der neuen Stände zurechtgekommen seien. Es habe alles hervorragend funktioniert. Das Interesse sei sehr geschätzt worden. Auch eine ursprünglich sehr skeptische Marktfrau habe sich nach dem Markt überzeugt gezeigt. Sie danke dem Stadtrat für die gute Arbeit, insbesondere Stadtpräsidentin Regula Gysin, ebenso dem Marktchef, der einiges spendiert habe. Sie bitte darum, den Markt in Zukunft zu pflegen und mit Sorgfalt im Auge zu behalten. Mit der Abschreibung des Postulats sei sie einverstanden.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) teilt mit, auch ihre Fraktion sei erfreut über die gute Lösung. Dass die Stimmung bei der Eröffnung des Markts gut gewesen sei, habe man auch den Medien entnehmen können. Sehr positiv sei, dass sich aufgrund des neuen Standorts weitere Betriebe zur Teilnahme am Bauernmarkt entschlossen hätten. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion danke allen Beteiligten für die gute Arbeit, die sich sicher nachhaltig auswirken werden, und unterstütze beide Anträge.

Elisabeth Spiess (GL) bemerkt, ihre Fraktion habe den neuen Standort sehr mitgetragen. Sie habe sich sehr über die neue Lösung gefreut. Die Eröffnung des Bauernmarkts am neuen Standort habe ziemlich genau ein Jahr nach der Einreichung des Postulats stattgefunden. Dem Stadtrat sei ein Kompliment auszusprechen, dass es so schnell gegangen sei.

://: Vom Schlussbericht wird einstimmig Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2006/84 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

296 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Markus Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend ISO-Zertifizierung der Stadt Liestal (Nr. 2008/193, 2008/193a)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend ISO-Zertifizierung der Stadt Liestal

Vor einigen Wochen wurde anlässlich einer Einwohnerratssitzung durch die Stadtpräsidentin kurz mitgeteilt, dass die Stadt Liestal die ISO-Zertifizierung erhalten habe. Vor einigen Tagen sind nun auch in der Presse entsprechende Mitteilungen erschienen und es fand die offizielle Übergabe des Zertifikates statt. Im Auftrag und Namen der SVP/CVP/EVP-Fraktion möchten wir vom Stadtrat im Zusammenhang mit der ISO-Zertifizierung folgende Fragen beantwortet haben:

1. Welchen Nutzen hat eine solche Zertifizierung für eine öffentliche Verwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner (Effizienz, Vermeidung von „Irrläufern“, raschere Behandlung von Geschäften usw.)?
2. Wie hoch sind die Kosten für Dienstleistungen Dritter der ISO-Zertifizierung ausgefallen?
3. Sind in diesen Kosten auch diejenigen Kosten für die Überprüfung und Auditierung des Sozialdienstes vor ca. 1 Jahr inbegriffen? Wenn nein, wie hoch sind diese Kosten ausgefallen?
4. Welcher Arbeitsaufwand (in Mann- resp. Frautagen) ist mit dieser Zertifizierung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung entstanden?
5. Wie sieht das Vorgehen in Zukunft aus betreffend Betreuung intern durch Person(en) mit QM-Ausbildung (Pensum / Kosten?), Kosten Dritter (jährliche resp. wiederkehrende), Aufwand intern für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Mann- resp. Frautage), Periodizität der Überprüfung der Zertifizierung?
6. Sind resp. waren die Kosten im Budget resp. im Finanzplan enthalten (wo, welche Beträge)?

Der Unterzeichnende dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der obigen Fragen.

Markus Meyer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
14. Januar 2008

Stadtpräsidentin Regula Gysin macht darauf aufmerksam, dass die Fragen des Interpellanten in der schriftlichen Antwort des Stadtrats beantwortet worden seien. Es habe sich allerdings ein Fehler eingeschlichen, den sie hier berichtigen wolle. Die Antwort auf die Frage Nr. 3 auf Seite 3 enthalte eine falsche Zahl. Es gehe dort darum, wie hoch die Kosten für die Auditierung des Sozialen Dienst ausgefallen seien. Statt CHF 2400.- müsse es CHF 12'400 heissen. CHF 10'000.- seien bereits im Jahr zuvor akonto gezahlt worden.

Markus Meyer (SVP/CVP/EVP) hält fest, er sei von der Antwort des Stadtrats teilweise befriedigt und habe noch einige Bemerkungen anzubringen. Man habe schon festgestellt, dass eine ISO-Zertifizierung nicht automatisch bessere Qualität bedeute, sondern dass der Erfolg der Zertifizierung von den Personen abhängt, die sie umzusetzen hätten. Die Bestätigung

dafür habe man bereits erhalten. Kurz vor Ende des vergangenen Jahres sei die Zertifizierung erfolgt. Trotzdem seien anfangs Jahr verschiedene Pannen passiert. Wahllisten seien falsch gedruckt und Wahlcouverts doppelt verschickt worden, das Glasverbot an der Fasnacht habe nicht umgesetzt werden können, weil die Händler nicht oder viel zu spät informiert worden seien, und auch der erwähnte Bericht zum Thema Gemeindefusion sei ein Beispiel unprofessionellen Vorgehens. Er sei selbst Gemeindeverwalter und wisse, dass die Verwalter in den umliegenden Gemeinden über diesen Bericht verärgert gewesen seien, auch wenn vielleicht nicht alles richtig wiedergegeben worden sei. Zu denken gegeben hätten ihm Aussagen von Mitarbeiterinnen der Verwaltung im Vorfeld der Zertifizierung, dass sie hauptsächlich mit dem Qualitätsmanagement beschäftigt seien und für ihre eigentliche Arbeit zu wenig Zeit hätten. Die Mitarbeiter-Ressourcen seien für ihn ein klarer Mangel in dem ganzen Projekt. Man habe diese nicht von Anfang an miteinbezogen. Man könne aber nicht nur die Kosten von Dritten berechnen, sondern man brauche auch die internen Ressourcen. Er zweifle den internen Aufwand in Tagen, der in der Antwort auf seine Interpellation aufgeführt sei, ein wenig an. Er sei auch nicht überzeugt, dass die System-Betreuung in Zukunft mit fünf Stellenprozenten zu machen sei; er nehme dies aber gerne zur Kenntnis. Er hoffe aber, dass nicht später auf einmal eine dafür zu schaffende Stelle in einem Budgetantrag enthalten sei. Er wünsche keine weitere Diskussion.

Somit ist die Interpellation erledigt.

297 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Schriftlicher Zwischenbericht des Stadtrates zum Postulat von Danielle Schwab namens der SP-Fraktion betreffend Aufwertung Zeughausplatz (Nr. 2006/116, 2006/116a)

Der Stadtrat teilt in seinem Zwischenbericht zusammenfassend Folgendes mit:

Mit der Überweisung des Postulats „Aufwertung Zeughausplatz“ wurde der Stadtrat beauftragt zu prüfen, mit welchen niederschweligen Massnahmen der Zeughausplatz aufgewertet werden kann. Dabei ist der Parkplatz- und Verkehrsführungsfrage besondere Beachtung zu schenken. In diesem Zwischenbericht zeigt der Stadtrat auf, auf welchem Stand die Planung steht.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht zum Postulat „Aufwertung Zeughausplatz“.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, in diesem Projekt sei man mit dem Kanton verhängt. Die Koordination sei nicht einfach. Glücklicherweise würden aber so die Kosten gesenkt. Die Stadt wolle den Zeughausplatz so bald wie möglich umgestalten. Es gehe darum, den Brunnen abzdrehen, weil der Haupteingang nach dem neuen Konzept verschoben werde. Die Brunnenverschiebung sei das Teuerste. Der Kanton löse sie durch seine Umbauabsichten aus, nicht die Stadt. Die Stadt habe das Umfeld um den Brunnen zu gestalten.

Philipp Senn (SP) gibt bekannt, seine Fraktion nehme vom Zwischenbericht positiv Kenntnis. Sie begrüsse die Synergien, die geschaffen würden, auch wenn es etwas länger daure. Die SP-Fraktion sei überzeugt, dass dies eine Form sei, wie man die Rahmenbedingungen für den Detailhandel und die Gastronomie verbessern könne.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) äussert, seine Fraktion nehme zwar gerne Kenntnis von diesem Zwischenbericht, aber in einer ablehnenden Haltung. Seine Fraktion lege viel Wert darauf, dass der Platz in der heutigen Nutzung weiter erhalten werde. Sie sei gespannt, wie sich die weitere Vorgehensweise mit dem Kanton entwickle und werde das Projekt genau im Auge behalten.

Astrid Basler (GL) führt aus, auch die Grüne Fraktion unterstütze die Aufwertung dieses Platzes und nehme den Bericht sehr wohlwollend zur Kenntnis. Es sei belegt, dass sich bis in die 30er-Jahre hier Familien getroffen und ausgetauscht hätten. Feierabendbänke seien aufgestellt worden, Kinder hätten hier gespielt. Eigentlich sei das Ziel der Grünen, wieder in diese Richtung zu gehen. In den 30er-Jahren sei der Platz dem Verkehr zum Opfer gefallen. Der schöne Brunnen mit dem Strübin-Denkmal verdiene es, besser zur Geltung zu kommen. Das Standesamt brauche auch einen Platz, wo es ein wenig feierlich und gemütlich sei. Familien und Schulklassen würden das Museum besuchen; ein Rast- und Vergnügungsplatz beim Strübin-Brunnen wäre also ein Bedürfnis. Eine Tagesstätte für Seniorinnen und Senioren befinde sich ebenfalls hier. Im Sommer sässen Betagte draussen, die Autos würden dicht an ihnen vorbeifahren. Diese Situation sei auch unbedingt zu verbessern. Mit dem neuen Quartierplan Rebgarten und der künftigen neuen Nutzung des Ziegelhof-Areals ergebe sich ebenfalls eine Chance, den Zeughausplatz neu zu beleben. Sie bitte alle, sich für diesen Platz einzusetzen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) findet, es sei sehr legitim und auch richtig, sich Gedanken über diesen Platz zu machen. Er wolle aber Folgendes zu bedenken geben: Am Zeughausplatz befinde sich das Ziegelhofgebäude, das zurzeit brach liege. In diesem Gebäude liege viel Potential. Beispielsweise sei dort ein Einkaufszentrum mit einer Einstellhalle denkbar. Er könne sich vorstellen, dass man mitten auf dem Zeughausplatz einen Liftschacht oder eine Treppe zur Einstellhalle bauen müsse. Der Platz dürfe nicht so gestaltet werden, dass man solche Möglichkeiten verbaue. Sonst müsse man opponieren.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) berichtet, das Geschäft sei beim Kanton in der Pipeline. Sie werde sich mit andern Landräten des Wahlkreises Liestal dafür einsetzen, dass eine gute Lösung gefunden werde.

://: Vom Zwischenbericht wird einstimmig Kenntnis genommen.

298 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Peter Furrer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Mobilfunk-Überwachung (Nr. 2008/192, 2008/192a)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zur Mobilfunk-Überwachung

Im Dezember des letzten Jahres sorgten Zeitungsberichte mit widersprüchlichen Aussagen von Stadtrat Ruedi Riesen zu vorhandenen und geplanten Mobilfunk-Antennen für Unsicherheit und Besorgnis in der Bevölkerung. Das Bundesgericht verlangte Anfang 2007 in einem Urteil von den Kantonen und Gemeinden als Vollzugsbehörden, Stichproben zwecks Überprüfung der Einhaltung der bewilligten, deklarierten Leistungen vorzunehmen. Um Klarheit zur Situation der Liestaler Mobilfunk-Überwachung zu erhalten, bitten wir deshalb den Stadtrat um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Besteht in Liestal ein vollständiges Inventar der Mobilfunk-Antennen?
2. Beinhaltet dieses Inventar auch alle bewilligten, wichtigen Leistungsdaten, wie Sendeleistung, Senderichtung, Neigungswinkel usw.?
3. Auf welche Art werden diese Leistungsdaten überprüft?
4. Bis wann kann in Liestal eine unabhängige, periodische Kontrolle der Mobilfunk-Antennen eingerichtet werden?
5. In welcher Form erfährt die Bevölkerung die Resultate dieser Kontrollen?

Peter Furrer
SVP/CVP/EVP-Fraktion
12. Januar 2008

Hans Brodbeck (FDP) äussert, er entschuldige sich, dass er sich hier einschalte. Er wolle aber darauf hinweisen, dass man seit Januar auf die Behandlung der Motion „Schaffung eines Partizipationsreglement“ warte. Eine einwohnerrätliche Gruppe habe vom Einwohnerrat den Auftrag erhalten, diese Arbeit zu machen. Sie habe sie gratis erledigt. Ihre Arbeit sei seiner Meinung nach wie diejenige einer anderen Kommission zu behandeln. Er lege nahe, das Traktandum nächstes Mal so weit nach vorne zu schieben, dass es sicher dran komme.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) antwortet, sie nehme dieses Anliegen gerne entgegen. Sie habe gehofft, heute Abend weiter voranzukommen.

Marie-Theres Beeler (GL) teilt mit, sie stelle den Antrag, das Geschäft heute noch zu behandeln.

Hans Brodbeck (FDP) meint, das müsse nicht sein.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) hält fest, dass in diesem Fall jetzt die Interpellation von Peter Furrer behandelt werde.

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass die Antworten auf die Interpellation schriftlich erteilt worden seien. Man sei bei diesem Thema auf die Daten angewiesen, die der Kanton liefere.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) sagt, er danke dem Stadtrat für die Antworten, sei teilweise davon befriedigt, habe nur zwei Anmerkungen zu machen und verzichte auf die Diskussion. Die Antwort des Stadtrats sei kurz und knapp ausgefallen. Er hoffe, die Kontrolle über die Einhaltung dieser Grenzwerte werde nicht so kurz und knapp ausfallen. Das Bundesgericht habe entschieden, dass auch die Gemeinden für die Überwachung und Einhaltung der Grenzwerte verantwortlich seien, dies zum Wohl der Einwohner und Steuerzahler.

299 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

15. Fragestunde

1. Frage, Ernst Gebhard (Fraumättler): Nicht nur hat, wie ich schon in der Dezember-Sitzung sagte, Füllinsdorf sein Schulhaus isoliert. Auch im Schulhaus Egg in Frenkendorf wird isoliert. Dieses Schulhaus wurde vom selben Architekten wie das **Fraumatt-Schulhaus** gebaut. Es hat fast dieselben Voraussetzungen. Ein Liestaler Architekt mit Erfahrung in Energiefragen ist auch der Meinung, es dürfe nicht sein, dass man das Fraumatt-Schulhaus nicht isoliere. Es würde sogar Geld dafür geben.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, bereits in der Bau- und Planungskommission sei über die Problematik der Aussenisolation eingehend diskutiert worden. Die Kommission habe den Vorschlag des Stadtrats voll unterstützt, und zwar aus folgenden Gründen: Mit der Sanierung der Fenster im Jahr 1991 und des Daches im Jahr 1993 sei bereits ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Energiehaushalts geleistet worden. Mit beiden Sanierungen habe man Energieeinsparungen von rund 50 Prozent erreicht. Die vorhandenen Holzmetallfenster befänden sich in einwandfreiem Zustand und hätten noch eine Lebensdauer von etwa 15 Jahren. Damit die Leibungen bei den Fensteranschlüssen isoliert werden könnten, müssten diese jedoch ersetzt werden, was im Sinne ökologischen Bauens als nicht sinnvoll eingestuft worden sei. Ein Vollwärmeschutz, verbunden mit dem Anspruch auf Minergie-Standard, sei derzeit nicht möglich, ohne bauphysikalische Schäden zu produzieren.

2. Frage, Hanspeter Meyer (SVP): Auf dem Bahnhofplatz ist ein **Infocenter für die Euro 08** vorgesehen. Das Gewerbe möchte jedoch, dass die Besucher, die mit dem öffentlichen Verkehr anreisen, auch das Stedtli besuchen. Ist der Stadtrat bereit, das Infocenter in die Rathausstrasse zu verlegen? Gemäss Auskunft von Herrn Buser wären die Organisatoren damit einverstanden.

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, dem Stadtrat sei dieses Anliegen bekannt und er stehe ihm wohlwollend gegenüber. Er werde sich dafür verwenden, einen möglichst geeigneten Standort zu finden. Am nächsten Montag werde er sich mit den Organisatoren des 9. Stadions treffen und dann das Anliegen einbringen.

3. Frage, Paul Finkbeiner (SVP): Am 26. Januar 2005 stellte Stadtrat Ruedi Riesen im Rahmen der Beantwortung der Interpellation zum **Abwasserreglement** (Nr. 2004/16) in Aussicht, dem Einwohnerrat im Laufe des Jahres 2006 ein neues Abwasserreglement zu unterbreiten. Gemäss Rücksprache mit dem Rechtsdienst des Kantons sind die Gemeinden alleine zuständig für das Abwasserreglement. Der Kanton erstellt kein Musterreglement. Warum liegt dieses Reglement nach drei Jahren noch nicht vor?

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, es habe Sinn gemacht, das Musterabwasserreglement der basellandschaftlichen Gemeinden abzuwarten, das seit Mitte 2007 vorliege. Die Betriebe und das Stadtbauamt seien jetzt daran, das Wasser- sowie das Abwasserreglement zu erarbeiten. Diese Reglemente würden noch 2008 dem Einwohnerrat zur Genehmigung eingereicht.

4. Frage, Paul Finkbeiner (SVP): Der Basellandschaftlichen Zeitung konnte entnommen werden, dass sich Stadtverwalter Roland Plattner über **Gemeindefusionen** Gedanken macht. Ist das mit Rücksprache des Stadtrats an die Presse gelangt? Sollte dieses Thema nicht zuerst auf politischer Ebene geführt werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass es im Rathaus ein Informationskonzept gebe. Stadtverwalter Roland Plattner sei der Informationsbeauftragte. Es sei richtig, dass ein solches Thema zuerst auf politischer Ebene behandelt werden sollte. Die Medien hätten dieses Thema jedoch selbst aufgegriffen. Tatsache sei, dass Liestal mit den Gemeinden in der Region zusammenarbeiten wolle; dies werde dort, wo es gemeinsame Berührungspunkte gebe, auch gemacht. An eine Fusion habe man nicht gedacht.

5. Frage, Paul Finkbeiner (SVP): Entgegen Ablehnung (29:3 bei 6 Enthaltungen) der Budgetposition 113.311.01 anlässlich der Budgetdebatte vom 12.12.2007 sind ab diesem Jahr zwei **Elektro-Bikes** im Einsatz. Wie ist das zu rechtfertigen? (Siehe auch VA 2008 Stadtpolizei, Sachaufwand Seite 7/32, und Fiko-Bericht zum Voranschlag.)

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, die E-Bikes seien im Rahmen der Energiestadt Liestal budgetiert und gekauft worden. Die Anschaffung sei Bestandteil des Energiepolitischen Massnahmenprogramms, das der Einwohnerrat an seiner Sitzung vom 26. September 2007 verabschiedet habe. Die Bikes seien auf grosse Akzeptanz gestossen und würden auch von der Polizei gerne benutzt.

6. Frage, Paul Finkbeiner (SVP): Seit einigen Monaten ist das **Pissoir in der Allee** „wegen Umbau“ geschlossen. Wieso dauert ein einfacher Umbau so lange?

Stadtträtin Marion Schafroth gibt zu, der Umbau dauere tatsächlich ein wenig lange. Er sei aber nicht so einfach gewesen. Um Kosten zu sparen, habe man einiges in Eigenleistung gemacht, das habe die Sache ein wenig verzögert. Während des Leitungsbaus in der Strasse habe man das WC schliessen müssen. Ausserdem sei das WC vandalensicher gebaut; das bedeute, einige Elemente würden elektronisch gesteuert. Bei den ausgiebigen Tests habe aber noch nicht alles funktioniert, der Mangel werde noch behoben. Es sei nun vorgesehen, das WC nächste Woche zu öffnen.

7. Frage, Regina Vogt (FDP): Hat sich der Stadtrat schon überlegt, ob es der rechte Weg ist, die Möglichkeit unter anderem in "Liestal aktuell" zu benutzen, um **Absichten zu publizieren**, dies mehrmals hintereinander, bevor ein parlamentarischer Entscheid gefallen ist?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, die Absicht des Stadtrats sei, mit seiner gesamten Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung und interessierten Kreise möglichst kompetent, dem Projekt-Stand oder Informationsbedürfnis entsprechend zu informieren. Dabei werde jeweils besonders auch darauf Rücksicht genommen, den Einwohnerrat bzw. dessen Entscheidungsfindung nicht zu irritieren oder Entscheide gar vorwegzunehmen.

8. Frage, Regina Vogt (FDP): Aufgrund der Medienmitteilung in der Basler Zeitung vom 10. April 2008 zu den SBB-Schutzwänden entlang der Poststrasse mit dem Titel „Lärmsanierung ist in der Schwebe“ stelle ich die Frage, ob und in welchem Ausmass dies Auswirkungen auf das **Bauvorhaben "Poststrasse"** hat.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, was in der Zeitung zu lesen gewesen sei, sei sehr überhöht. Auf dem ganzen Trasse von Lausen bis Frenkendorf gebe es nur eine private Person, die eine Einsprache gemacht habe und die die Lärmschutzwände auf ihrer Parzelle gerne einen Meter höher hätte. Die SBB gehe davon aus, dass diese Einsprache keine aufschiebende Wirkung haben werde. Die Poststrasse sei also davon nicht betroffen.

9. Frage, Regina Vogt (FDP): Es ist aufgefallen, dass die Einweihung des Kunstrasens - mittels eines sportlichen Anlasses - sich über Feiertage erstreckt. Meine Frage ist, ob die Auflagen der "**Feiertagsregelung**" eingehalten worden sind.

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, gerne benutze er die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass vom 09. bis 11. Mai 2008 das Kunstrasenfeld eingeweiht werde. Es sei der Stadt wichtig, dass die Einweihung zu einem Volksfest werde. Das Fest tangiere tatsächlich den Pfingstsonntag. Das Gesuch sei deshalb auch im Gesamtstadtrat behandelt worden. Am Samstag ab Mitternacht werde man darauf verzichten, laute Aktivitäten durchzuführen. Aktivitäten in Zimmerlautstärke könnten bis morgens um 2 Uhr ablaufen. Am Sonntag gebe es keine Wettkämpfe mehr, sondern nur noch Aktivitäten, die der Bewegung und Erholung dienten. Der Stadtrat denke, dass man so den Erfordernissen der Feiertagsruhe entspreche.

10. Frage, Peter Furrer (SVP): Das **Langzeitparkieren** auf den Autoabstellplätzen bei der Sammelstelle an der Heidenlochstrasse ist gebührenpflichtig. Warum werden auf der Heidenlochstrasse zwischen der Einmündung der Kasinostrasse und der Gemeindegrenze zu Lausen keine Gebühren erhoben?

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, dass gemäss Parkierungsreglement die Bewirtschaftung konzentrisch rund um die Altstadt angelegt sei. Das bedeute, dass es im Zentrum die kürzesten Parkzeiten mit den höchsten Tarifen gebe. Gegen aussen hin erhöhe sich die Parkdauer, und die Tarife nähmen ab. In den äusseren Wohnquartieren wie im hinteren Heidenlochgebiet gelte nur die Gebührenpflicht für das Nachtparkieren.

11. Frage, Elisabeth Augstburger (EVP): Warum wurden die **Signalisationstafeln bei den Baustellen** immer noch nicht verbessert?

Stadtrat Ruedi Riesen betont, aufgrund von diversen Anregungen aus der Bevölkerung habe das Stadtbauamt die Baustellentafeln beim Kantinenweg und bei der Seestrasse laufend verbessert. Die Spezialisten der Kantonspolizei hätten die aktuelle Signalisation geprüft und als einwandfrei abgenommen. Die Stadt sei mit der jetzigen Signalisation zufrieden, und es seien auch keine Reklamationen mehr eingegangen.

12. Frage, Elisabeth Augstburger (EVP): Ab und zu klagen Bewohner und Bewohnerinnen von Liestal über den engen Raum bei der **Stadtpolizei** und den **hochgesetzten Schalter**. Kleinere Menschen haben Mühe, an diesen Schalter zu gelangen. Ich denke da nicht nur an Erwachsene, sondern auch an Kinder, die ab und zu den Polizeiposten aufsuchen. Gibt es Möglichkeiten, diesen Raum etwas kundenfreundlicher zu gestalten?

Stadtpräsidentin Regula Gysin berichtet, bei der Umgestaltung des Stadtpolizeipostens habe der Schalter den vorhandenen Gegebenheiten angepasst und das Machbare verwirklicht werden müssen. Die Höhe des Schalters sei unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten festgelegt worden. Personen, die ein Anliegen hätten, das zur Bearbeitung eine längere Zeit beanspruche oder für die der Schalter nicht geeignet sei, würden durch die Stadtpolizei in deren Büro betreut.

Stadtrat Ruedi Riesen fügt hinzu, das Stadtbauamt prüfe derzeit die Möglichkeit eines kurzen Treppenanbaus vor dem Schalter.

13. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Es ist auch psychologisch gesehen nicht geschickt, dass kleine Menschen sich an diesem Schalter mit den Polizisten nicht auf gleicher Höhe befinden.

den. Ein weiterer Aspekt ist die **Benützung für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer**. Könnte der Schalter nicht rollstuhlgängig gestaltet werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, sie könne die Frage jetzt nicht beantworten. Sie nehme das Anliegen aber gerne mit.

14. Frage, Hans Brodbeck (FDP): In Liestal hat die Anzahl **provokativer Schmierereien** wieder zugenommen. Viele Besucher und Besucherinnen und Teile der Bevölkerung ärgern sich darüber. Ist der Stadtrat nicht der Ansicht, dass es Aufgabe der Stadt ist, diese Provokationen jeweils rasch entfernen zu lassen?

Stadtträtin Marion Schafroth äussert, es existiere kein Stadtratsbeschluss, der diese Frage beantworte. Die Betriebe würden die Folgen von Vandalismus immer wieder bekämpfen. Dies habe aber nicht oberste Priorität. Momentan entferne man die Schmierereien an den Verkehrsschildern, anschliessend seien wieder die Anlagen der Stadt an der Reihe.

15. Frage, Adrian Mächler (FDP): Vor rund vier Jahren hat Stadtrat Lukas Ott zugesichert, dass die **Mandatsentschädigung für das Präsidium des Schulrates** entsprechend der neuen Belastung überprüft und angepasst werde. Hat diese Überprüfung stattgefunden?

Stadtrat Lukas Ott äussert, dieser Punkt sei im Jahr 2005 erledigt worden. Man habe das Fixum von CHF 15'000.- auf CHF 8'000.- reduziert. Dem stehe ein Stundenaufwand von jährlich etwa 250 Stunden gegenüber. Der Stadtrat halte das für angemessen.

16. Frage, Daniel Spinnler (FDP): Ich bitte den Stadtrat mir mitzuteilen, wann ungefähr die **Revision des Feuerwehreglements** vor den Einwohnerrat kommt, welche die Feuerwehrkommission im Mai 2007 zuhanden des Stadtrats verabschiedet hat.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, Ziel sei es, dieses Reglement noch in der laufenden Legislaturperiode dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

17. Frage, Astrid Basler (GL): Das alte **Abstimmungscouvert** war im Vergleich zum neuen viel einfacher in der Handhabung und sehr kundenfreundlich. Aus welchen Überlegungen wurde dieser neue Stimmrechtsausweis eingeführt? Ist es möglich, wieder auf das alte System umzustellen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, die Post habe neue Richtlinien für Massensendungen in Kraft gesetzt. Weil das bisherige Abstimmungscouvert die Voraussetzungen für die maschinelle Verarbeitung nicht erfülle, hätte die Beibehaltung dieses Couverts einen Preisaufschlag pro Couvert von 15 Rappen zur Folge gehabt. Darum habe die Stadt Liestal die von der Post empfohlene Version der Abstimmungscouverts übernommen. Diese Abstimmungscouverts würden auch von vielen anderen Gemeinden in der Schweiz benützt. Eine Umstellung auf die „alten“ Couverts wäre theoretisch möglich, würde aber die Kosten erhöhen und mehr personellen Aufwand verursachen.

18. Frage, Astrid Basler (GL): Die **Fische** sind auch in den **Liestaler Gewässern** mit sehr hohen PCB-Werten belastet. Wo genau in Liestal wurden diese Fische herausgefischt? Wurden dort auch die Fluss-Sedimente auf diese krebserregenden chemischen Verbindungen hin untersucht?

Stadträtin Marion Schafroth berichtet, die untersuchten Fische habe man in der Frenke im Bereich der Gemeinde Bubendorf und in der Ergolz in den Bereichen Füllinsdorf und Lausen gefischt. Der Grenzwert, der in der EU gelte, liege bei 8 pg/g. Die höchsten Werte, die man bei den hier untersuchten Fischen gemessen habe, lägen bei 6,4 pg/g, also noch unter diesem Grenzwert. Den Boden habe man nicht untersucht.

19. Frage, Walter Leimgruber (SP): Die **Verbindungsstreppe Frobургstrasse-Eglisackerstrasse** verkürzt den Schulweg der Kinder aus dem Gebiet Gstöck, Wetterchrüz und den Weg zum öffentlichen Verkehr für die Bewohner Froburgstrasse, Bölchenstrasse. Wegen der riesigen Baugrube ist der Verbindungsweg gesperrt. Kann die Treppe möglichst bald wieder begehbar gemacht werden?

Stadträtin Marion Schafroth gibt bekannt, die Stadt Liestal lasse den Verbindungsweg im Zuge von Umgebungsarbeiten, die im Zusammenhang mit dem privaten Wohnungsbau auszuführen seien, wieder erstellen. Voraussichtlich werde dies im Sommer sein.

20. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Wird der **Fuss- und Veloweg Richtung Bubendorf** beim Glind auf die Euro 08 saniert und ausgebessert?

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, der Glindweg werde vor der Euro 08 nochmals kontrolliert und instandgestellt.

21. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Ich komme zurück auf meine kleine Anfrage vom 11. Dezember 2007 betreffend **SBB-Gemeindetageskarte**. Wurde inzwischen der personelle Aufwand erfasst? Werden seit März 2008 weitere Tageskarten angeboten?

Stadtrat Peter Rohrbach führt aus, vom Dezember 2007 bis Ende Februar 2008 habe eine Testphase mit vier SBB-Gemeindetageskarten stattgefunden. Man habe gesehen, dass der Bedarf bestehe. Der Auslastungsgrad habe etwa 95 Prozent betragen. Der Personalaufwand für die Bewirtschaftung der SBB-Gemeindetageskarten betrage bei zwei SBB-Gemeindetageskarten ca. fünf Stellenprozent und bei vier SBB-Gemeindetageskarten ca. neun Stellenprozent. Per Anfang Mai werde die Anzahl SBB-Tageskarten um zwei erhöht, sodass es dann total vier gebe.

Zusatzfrage Hans Brodbeck (FDP): Verursacht die Bewirtschaftung dieser Karten tatsächlich einen halben Tag Arbeit?

Stadtrat Peter Rohrbach antwortet, das stimme in etwa. Das Angebot befinde sich zwar auf dem Internet, aber viele Leute, die die Karten benützen wollten, kämen deswegen entweder auf die Stadtverwaltung oder würden anrufen. Die Vollkostenrechnung gehe aber auf, auch wenn man diesen Aufwand miteinbeziehe.

Zusatzfrage Nils Henn (FDP): Kann man den Preis für eine solche Karte auf der Internetseite klar ersichtlich platzieren? Das würde auch mehr Leute aufs Internet lenken und den Aufwand verkleinern. Ich habe den Preis heute wieder gesucht und immer noch nicht gefunden.

Stadtrat Peter Rohrbach erwidert, er nehme diese Anregung gerne auf.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon